

»Das Verhältnis von Ökonomie und Politik 1933–1945 im Lichte von Wirtschaftsdokumenten«.¹ Die Frage nach diesem Verhältnis ist dabei, so stellt Opitz klar, »die in allen faschismustheoretischen Auseinandersetzungen letztendlich umstrittene Frage«.

Faschismustheorien

All jenen Theorien, die den Faschismus aus der »charismatischen Persönlichkeit« seiner Führer, aus den Verselbständigungstendenzen von Bürokratien, den orientierungslos gewordenen Massen, oder aus der Propagandawirkung faschistischer Bewegungen erklären wollen, Theorien also, die den Faschismus alleine aus der Sphäre der Politik deuten, käme kein wissenschaftlich relevanter Einfluss mehr zu, urteilte er – für die damalige Zeit wohl zutreffend. Wenn selbst in dieser Hinsicht seither manche theoretischen Rückschritte zu beklagen sind, so dürfte doch auch heute noch seine Einschätzung zutreffen, dass zumindest innerhalb der politischen Linken übereinstimmend von einer irgendwie gearteten Bedeutung der Ökonomie für das Entstehen von Faschismus ausgegangen wird. Zur letztlich umstrittenen Frage wird hier also der Grad der Autonomie, die politischen Entscheidungen gegenüber der ökonomischen Basis zukommt. Es geht somit um das Verständnis der historisch-konkreten Form, in der »die Ökonomie« ihre Geltung in »der Politik« besitzt. Mit der populär gewordenen Wiederholung des Horkheimer-Zitats »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« ist es demnach noch nicht getan. Das ist die Problemstellung, die Opitz in dem oben erwähnten Vortrag (und nicht nur dort) bearbeitet und als Frage nach dem Primat von Politik oder Ökonomie bezeichnet hat.

Opitz differenziert hierbei zwischen denjenigen Theorien, die den Faschismus ausschließlich aus dem Bereich der Politik deuten (also laut Horkheimer besser auch vom Faschismus schweigen sollten) und solchen, die sehr wohl von Kapitalismus reden, dabei aber nicht – wie die marxistische Faschismustheorie – in der von Lenin als Imperialismus analysierten Herrschaft des Monopolkapitals die kausale Ursache für den Faschismus erfassen, sondern in der Ökonomie des Kapitalismus eine Bedingung für andere – letztlich dann doch »politische« – Ursachen des Faschismus sehen. Solche Ansätze wären z. B. solche, die psychologisierend darstellen, wie der Kapitalismus für die Ausprägung des autoritären Charakters verantwortlich ist, dem dann wesentliche Bedeutung für die Etablierung des Faschismus zugeschrieben wird. Verbreiteter noch sind Ansätze, die soziologisierend kapitalistische Wirtschaftskrisen als Hintergrund für das Erstarren einer

faschistischen Massenbewegung erkennen und dann meinen, mit der faschistischen Bewegung – hier schlägt dann wieder die Annahme eines Politikprimats durch – die Ursache des Faschismus identifiziert zu haben.

Ebenso fallen hierunter vulgärmarxistische Ansätze, deren Verfechter geltend machen, von »der Ökonomie« auszugehen, unter Ökonomie aber nur die unmittelbare Profitthascherei verstehen. Solche Ansätze erklären Faschismus als Ergebnis einer Politik, die zum Zwecke solcher Profite (z. B. durch Rüstungs- und Kriegsgewinne, Arisierung) von den hierzu eingesetzten politischen Akteuren durchgeführt wird. Der kapitalistische Hintergrund des Faschismus erscheint dann lediglich moralisierend als »Verbrechen der Wirtschaft«. Da diese Deutungen aber schnell mit den historischen Fakten nicht mehr in Einklang zu bringen sind, werden diejenigen faschistischen Maßnahmen, die offensichtlich im Widerspruch zur direkten Profitmacherei standen, mit einer Verselbständigung der politisch herrschenden Faschisten gegenüber ihren Auftraggebern in der Wirtschaft erklärt. Auch damit wären wir dann wieder bei der Annahme eines Politikprimats. Zugleich eignen sich solche Ansätze als beliebte Pappkameraden bürgerlicher Antimarxisten, die (so deren bevorzugtes Beispiel) gerne darauf verweisen, dass die Nutzung von für die Kriegslogistik wichtigen Bahnwaggons für die Deportationen von Juden in die Vernichtungslager den Profitinteressen des Kapitals nicht entsprechen konnte, weswegen die von Marxisten behauptete Urheberschaft des Kapitals für den Faschismus widerlegt sei.

Diese vielfältigen Theorien unterscheiden sich von den Positionen eines reinen Politikprimats dadurch, dass sie den Faschismus nicht irrational, weil ahistorisch, aus sich selbst, seiner Ideologie oder seiner Führerpersönlichkeiten ableiten, sondern den Anspruch verfolgen, ihn auf Grundlage der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erklären, in der er entstanden ist. Gegenüber der marxistischen Faschismustheorie aber behaupten sie, einen »differenzierenden« Ansatz zu verfolgen und werfen ihr eine verkürzte Sicht des Verhältnisses von Politik und Ökonomie vor, bei dem dieses Verhältnis zu einem »bloßen Agentenverhältnis« reduziert würde.

Schlagende Dokumente

Opitz hat diesen Vorwurf gegen den marxistischen Ansatz wiederholt zurückgewiesen² und erklärt, wie dieses Bedürfnis, den Marxismus zu »korrigieren«, nur auf Basis eines Missverständnisses entsteht, nämlich der Verwechslung des marxistischen und des

bürgerlichen Begriffs von Ökonomie – und damit allerdings auch auf Basis eines letztlich unverstandenen Marxismus.

In seinem Vortrag von 1976 konstatiert Opitz nun, dass die Auseinandersetzungen zwischen der marxistischen Faschismustheorie und solchen »differenzierenden« Ansätzen sich endlos und ohne nennenswerten Erkenntnisgewinn fortführen ließen, wenn sie abstrakt, als reine Theorieauseinandersetzungen geführt werden. Abhilfe würde nur von der Untersuchung neuer historischer Fakten (z. B. seinerzeit der Reaktivierung der faschistischen Herrschaftsform in Griechenland und Chile) und der Erschließung weiterer Fakten durch intensive Quellenforschung zu erwarten sein. In diesem Kontext erwähnt er seinen gerade fertiggestellten Dokumentenband, der ursprünglich als Materialsammlung zur Frage der sozialen Ursprünge der deutschen Europapolitik im 20. Jahrhundert gedacht gewesen sei. Er sei dann aber zu einem »Quellenbeitrag zur Diskussion des Politikprimats« geworden.

Dieser Hinweis erlaubt uns, die Bedeutung des dann 1977 erschienenen und vor 25 Jahren neu aufgelegten Bandes über die »Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945« besser zu verstehen und damit auch den theoretischen Ansatz zu erfassen, mit dem Opitz die Herrschaft des Monopolkapitals begreift und seinem Verständnis von Faschismus zugrunde legt.

Die 187 Dokumente, die auf gut 1.000 Seiten abgedruckt sind, stammen mehrheitlich von direkten Wirtschaftsvertretern (z. B. Hugo Stinnes, Arnold Rechberg, Robert Bosch, Hermann Röchling) oder aus Verlautbarungen von Vereinigungen und aus Publikationen, deren Existenz und Wirken auf die Initiative von Vertretern aus Industrie- und Bankkapital zurückgeht (z. B. Alldeutscher Verband, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag oder die von Gustav Stolper redigierte Zeitschrift *Der deutsche Volkswirt*). Die anderen Dokumente stammen von Politikern, Militärs oder Wissenschaftlern, allerdings – wie Opitz in seinem Vorwort anmerkt – nur sofern diese auch dem »unmittelbar engsten Trägerkreis der entsprechenden Kapitalstrategie« zuzuordnen sind. Darunter befinden sich gut 50 Dokumente, die mit diesem Band erstmals oder erstmals vollständig veröffentlicht wurden. Hierzu hatte Opitz Materialien insbesondere im Zentralen Staatsarchiv Potsdam ausgewertet. Heranziehen konnte er auch die Arbeit von Historikern der DDR, deren Ergebnisse z. B. in der »Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft« von Dietrich Eichholtz oder der von Wolfgang Schumann u. a. herausgegebenen vielbändigen Sammlung »Dokumente zur deutschen Geschichte« veröffentlicht waren. Der 1969 von

den gleichen Autoren herausgegebene Dokumentenband »Anatomie des Krieges« sowie dessen Folgeband »Anatomie der Aggression« (1972) stellten weitere solche Quellen dar.

Der in der DDR betriebenen Geschichtswissenschaft stand in Westdeutschland eine Zunft entgegen, die darum bemüht war, jegliche Sicht auf Kontinuitäten zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik, Faschismus und Bundesrepublik zu verbauen und zu diesem Zweck einen Mangel an Quellenmaterial behauptete. Als seltene Ausnahme im Kreis der westdeutschen Geschichtsschreibung verweist Opitz auf Fritz Fischer und dessen Untersuchung der Hintergründe des Ersten Weltkriegs und der dabei verfolgten Kriegsziele des deutschen Kapitals. Doch ein solches Ausbrechen aus der »nationalen Solidarität« (Opitz) der jegliche Kontinuität verschleiern den deutschen Historikerzunft wurde dementsprechend auch mit einem Kesseltreiben gegen Fischer aufgrund seiner 1961 veröffentlichte Schrift »Griff nach der Weltmacht« beantwortet.

Erst in den 70er Jahren, aufgeschreckt durch die publizierten Forschungsergebnisse aus der DDR, mahnte der konservative Historiker Andreas Hillgruber im August 1973 in der Zeit: »Es ist also dringend notwendig, dass sich die Zeitgeschichtsforscher der Bundesrepublik ebenfalls den deutschen ›Neuordnungs«-Plänen in Europa in den verschiedenen Phasen des Zweiten Weltkrieges zuwenden. Nur dann können sie sich in die von der DDR-Historie vorangetriebene wissenschaftliche Diskussion einschalten.«³ Ungewollt bestätigte er damit die Behauptung von Opitz, der angebliche Mangel an Quellenmaterial sei durch jahrzehntelange Untätigkeit der BRD-Historiker bewusst erzeugt worden, zumal sich auch nach Hillgrubers Mahnung eher wenig änderte. Zu Recht betonte Opitz, dass sich das aktive Wegsehen nicht nur in der Geschichtswissenschaft zeige, sondern mehr noch in deren Popularisierung in Schulbüchern, Zeitschriften und Fernsehsendungen. Ein Urteil, das seit der Zerstörung der DDR-Geschichtswissenschaft 1990 ff., seit den irrationalistischen Deutungen der Christopher Clark und Herfried Münkler zum Ersten Weltkrieg, seit der Welle von Geschichtspropaganda durch Guido Knopp und anderen in ZDF, N-TV und Co., heute nur noch schärfer ausfallen muss.

Kontinuitäten

Was wird nun in diesen Dokumenten sichtbar, und welche Erkenntnis über das Verhältnis von Politik und Ökonomie arbeitet Opitz auf dieser Basis heraus? In erster Linie zeigt sich in den Dokumenten die Kontinuität eines bestimmten Interesses des deutschen Monopolkapitals. Und jenes besondere Interesse ist nicht der Wunsch nach Sicherung dieser oder jener außerhalb der deutschen Grenzen liegenden Ressource und nicht der

Wunsch nach Bereicherung durch Ausplünderung fremder Länder oder Ausschaltung fremder Konkurrenz. Solche Wünsche existierten zweifellos, sie sind auch vielfach dokumentiert, aber sie waren – sowohl was ihre Urheber als auch was die jeweiligen Objekte der Begierde angeht – einem stetigen Wechsel unterworfen. Dass z. B. im Unterschied zu 1914 und 1940 die lothringischen Erzgruben von Longwy in den Kriegszieldenkschriften heutiger Industrieller keine Erwähnung finden dürften, sollte daher nicht zur Fehleinschätzung eines irgendwie gemilderten imperialistischen Interesses führen. Was aber in durchgehender Kontinuität erkennbar bleibt, ist das Streben des deutschen Imperialismus nach einem ihm zur Verfügung stehenden Großraum.

Ein so beherrschter Großraum ist gemeint, wenn 1894 in den Alldeutschen Blättern von der »Weltstellung, die unserem Volke nach seiner Begabung und Kraft gebührt« die Rede ist, um deren Gewinnung die »nationale Zusammenfassung des gesamten deutschen Volkstums in Mitteleuropa« vonnöten sei.⁴ Oder wenn Walther Rathenau von der AEG 1913 beklagt: »Die letzten hundert Jahre bedeuten die Aufteilung der Welt. Wehe uns, dass wir so gut wie nichts genommen und bekommen haben!« und als letzte Möglichkeit »die Erstrebung eines Mitteleuropäischen Zollvereins, dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden« empfiehlt.⁵ Dieser Großraum ist gemeint, wenn der Vorsitzende des Reichsverbands der Deutschen Industrie und Aufsichtsratsvorsitzende der IG Farben Carl Duisberg 1931 erklärt: »Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.«⁶ Und wenn Werner Daitz, mit der IG Farben verbundener Chemieindustrieller und Reichsbeauftragter für Wirtschaftspolitik der NSDAP, 1936 in einer Denkschrift über die Errichtung einer Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft schreibt: »Deutschland in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, ist an erster Stelle verpflichtet, diese Aufgabe der Errichtung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft nicht nur zu verkünden, sondern auch handelspolitisch-praktisch zu betätigen. Deutschland ist in dieser Hinsicht verantwortlich für Europa. Der Aufbau einer solchen europäischen Großraumwirtschaft ist ja auch letzten Endes nur die logische Fortbildung und Ausgestaltung der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung.«⁷

Dieses Interesse des deutschen Monopolkapitals sprach der Jurist Carl Schmitt 1939 als »völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte«

aus.⁸ Und es zeigte sich auch deutlich, als Richard Riedl, Aufsichtsratsvorsitzender der zum IG-Farben-Konzern gehörenden Donau Chemie AG und Vorstandsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags, im Herbst 1944 eine Denkschrift »Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten« verfasste, in der er angesichts der absehbaren Niederlage im Zweiten Weltkrieg die fällige Anpassung der Methoden propagierte, mit denen das Interesse an einem Großraum weiter verfolgt werden sollte.⁹

Was im Krieg nicht zu erreichen war, sollte fortan auf dem Wege eines europäischen Integrationsprozesses betrieben werden. Riedl formulierte in dieser für einen Arbeitskreis des faschistischen Reichswirtschaftsministeriums verfassten Denkschrift die strategischen Grundlagen für eine Orientierung, die dann, nach Gründung der Bundesrepublik, als Montanunion, als EWG und in der heutigen EU umgesetzt wurde: »Wir haben in dem Kriege, den wir führen, die Fahne Europas aufgezogen und es uns zum Ziel gesetzt, aus der jahrtausendalten Kulturgemeinschaft, welche die Völker unseres Erdteiles umschließt, eine Staaten- und Wirtschaftsgemeinschaft erstehen zu lassen, in deren Schutz und auf deren Grundlage unsere kulturelle Gemeinschaft Sicherheit ihres Bestandes und ihrer Zukunft gegen die Gefahren von außen zu finden vermag. (...) Was wir wollen und wofür wir kämpfen, ist Freiheit der Entwicklung und Sicherung des Bestandes für uns und für die Staaten des europäischen Festlandes, die in diesem Kampf unsere Bundesgenossen oder doch, wenn zum Teil auch ungewollt, unsere Schicksalsgenossen sind: Schaffung eines auf dem Zusammenschluss freier Nationen begründeten europäischen Großraums, der die Voraussetzungen für seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Behauptung inmitten der anderen Mächte in sich trägt und bereit ist, freundwillig mit allen zusammenzuwirken, die gleiche Bereitschaft auch ihrerseits zeigen.«

Drang nach Vorherrschaft

In dem beharrlichen Streben nach einem ihm zur Verfügung stehenden Großraum zeigt sich die Kontinuität, die es zu verstehen gilt und deren Verständnis wiederum der Schlüssel für Opitz' grundlegendes Thema, die Beurteilung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, ist. Es ist nicht das bloße Streben nach Annexionen und nach ausbeutbaren Ressourcen, sondern es ist der Drang nach einer Hegemonie, die von keinem Nebenbuhler beeinträchtigt wird. Hierbei existiert ein dialektisches Verhältnis, bei dem sich dieses übergreifende Interesse der monopolkapitalistischen Klasse seinen einzelnen Vertretern als individuelles Bereicherungsinteresse darstellt. Die einzelnen Kapitalisten

und Monopolgruppen bewirken in Verfolgung ihrer konkreten (aber wechselnden, manchmal konkurrierenden, manchmal auch widersprüchlichen) Interessen als Akteure die Durchsetzung des übergreifenden Herrschaftsinteresses der monopolkapitalistischen Klasse insgesamt.

Lenin spricht in seiner Imperialismusstudie über »das unvermeidliche Streben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsgebietes, ja des Gebietes schlechthin«. ¹⁰ Dahinter steht der Drang der Monopole, nicht nur dies und jenes sich zur eigenen Profitmaximierung anzueignen, sondern jegliche Lebensäußerung und jegliches »Gebiet schlechthin« dem Zweck der Reproduktion der eigenen Macht zu unterwerfen. Dieser Drang ist Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte und bringt zum Ausdruck, dass die Herausbildung der Monopole eine Antwort auf den Zwang zur fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion darstellt. Die Zusammenfassung der Produktivkräfte einer ganzen Gesellschaft erfolgt aber nicht als bewusster, geplanter Akt der Gesellschaft (dann wäre es Sozialismus), sondern unter kapitalistischen Verhältnissen in den Händen einiger Monopolisten. Das aber hat Konsequenzen für den Charakter der bürgerlichen Herrschaft. »Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen«, schreibt Lenin ¹¹ und bezeichnet an anderer Stelle den politischen Überbau über den Monopolkapitalismus als »Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion«. ¹²

Diese Wandlung im Charakter bürgerlicher Herrschaft drückt sich in einem neuen Interesse der herrschenden Klasse aus, das sich auf einer anderen Ebene bewegt als die einfacher fassbaren Bereicherungsinteressen einzelner Industrieller oder selbst noch ganzer Monopolgruppen. Es braucht daher den Marxismus-Leninismus, um die geschichtlichen Erscheinungen im Monopolkapitalismus als Kampf um die Durchsetzung dieser neuen Interessen zu erklären, weil der an die individuelle Nutzenrechnung gebundene bürgerliche Begriff von Ökonomie ihnen gegenüber blind ist. Es war die Leistung von Opitz, mit der Herausgabe des Dokumentenbandes über die Europastrategien diese Wandlung anhand der historischen Fakten erkennbar zu machen.

Unabgeschlossenes

Ein weiterer Band über die Kolonialstrategien des deutschen Kapitals war bereits mit umfangreichen Vorarbeiten vorangetrieben. Ebenso plante Opitz – seinem Verständnis des Zusammenhangs von Außen- und Innenpolitik gemäß – einen Band über die

Integrationsstrategien des deutschen Kapitals, zu dem er auch eine Konzeption ausgearbeitet hatte. Des weiteren sah er die Notwendigkeit, dem umfangreichen Dokumentenband eine popularisierende und die Europastrategien über das Jahr 1945 hinaus darstellende Publikation folgen zu lassen. Doch es fehlten Mitstreiter, und Opitz sah sich nicht in der Lage, diese Anforderungen auf sich gestellt zu erfüllen. Notizen und Briefe zeugen von seiner Frustration über diesen Umstand, und 1979 spricht er in einem Brief an seinen Freund Kurt Gossweiler davon, dass in seinen Dingen alles schiefgelaufen sei und betrachtet sein Leben als gescheitert. Und doch blieb er bis zu seinem Tod 1986 äußerst produktiv, mischte sich in die Debatten um die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß und in den Kampf gegen die NATO-Raketenrüstung ein. Mit der Zeitschrift *Argument* stritt er über deren verhängnisvollen Versuch, Faschismus mittels seines angeblichen »Populismus« zu erklären. In dieser Auseinandersetzung und vor allem auch mit seinem 1984 erschienenen Buch über »Faschismus und Neofaschismus« führte er den Kampf um das marxistische Faschismusverständnis.

Opitz beschreibt im Vorwort zum Europastrategien-Band die Expansion als »Daseinsraison« des monopolistischen Kapitals, welche dessen Interessenkonzeptionen und Strategien in sämtlichen Bereichen der Politik prägt. »Ohne ihre Kenntnis kann daher weder über den sozialen Inhalt einer bestimmten Politik noch über die objektive soziale Funktion einer eine bestimmte Politik tragenden Organisation oder Parteirichtung, mithin schwerlich überhaupt über eine innenpolitische Situation, die jeweils wirklichen sozialen Frontenverläufe und politischen Kräfteverhältnisse, zuverlässig geurteilt werden.«¹³ Dies gilt – bis in die Jetztzeit – für den Faschismus ebenso wie für die Kriegsgefahr, und es gilt auch für jegliche gegen die imperialistische Herrschaft gerichtete oppositionelle Strategie. Wer an einer solchen Strategie interessiert ist, wird kaum umhin kommen, sich das Werk von Reinhard Opitz anzueignen.

Anmerkungen

1 Veröffentlicht in Reinhard Opitz: *Liberalismus – Faschismus – Integration*, Edition in drei Bänden, Bd. 2, S. 205 ff.

2 Siehe insbes. seinen Aufsatz »Über vermeidbare Irrtümer« in: *Das Argument* 121/1980

3 Andreas Hillgruber: »Industrie im Zweiten Weltkrieg«, *Die Zeit* 33/1973

4 *Europastrategien*, Dok. VIII, S. 96 ff.

5 *Europastrategien*, Dok. XXXIV, S. 204 f.

6 Europastrategien, Dok. 69, S. 581 ff.

7 Europastrategien, Dok. 81, S. 629 ff.

8 Europastrategien, Dok. 85, S. 641 ff.

9 Europastrategien, Dok. 150, S. 990 ff.

10 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin-Werke (LW), Bd. 22, S. 266

11 Ebd., S. 302

12 Ders.: Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: LW, Bd. 23, S. 34

13 Europastrategien, S. 22